

„Echter Schatz“ für die Windkraft

Energiewende Landesregierung konzentriert sich beim Ausbau auf Eifel, Hunsrück und Westerwald Von unserem Mitarbeiter Frank Giarra

Rheinland-Pfalz. Eifel, Hunsrück und Westerwald sind für ihre landschaftliche Schönheit bekannt. Auf einen anderen Schatz baut Rot-Grün bei der Energiewende: Wind. Auf den Höhen der Mittelgebirge sollen sich noch mehr „weiße Riesen“ drehen. 1125

Windkraftanlagen (Stand: 1. Juli 2011) gibt es derzeit in Rheinland-Pfalz. Erstaunlicherweise drehen sich auch da Windräder, wo die Standorte offensichtlich nicht so gut geeignet sind, etwa in der Pfalz. Das weist eine Karte des Energieministeriums aus, die auf Daten des Deutschen Wetterdienstes und der oberen Landesplanungsbehörden basiert. Wo Windräder stehen, werden sie zwar nicht abgebaut. Aber um die ehrgeizigen Ziele der Energiewende zu schaffen, werden noch einmal fast doppelt so viele „weiße Riesen“ benötigt, die auch noch leistungsstärker sein müssen als die bisherigen Anlagen.

Das zuständige Ministerium in Mainz hat nun die planungsrechtlichen Grundlagen geändert und gibt damit den Rahmen für den Bau neuer Anlagen vor. Künftig soll die Wirtschaftlichkeit der Anlagen im Vordergrund stehen, sprich die Windstärke und die Nähe zu Leitungsnetzen.

Möglichst in Parks bauen

Staatssekretär Ernst-Christoph Stolper (Grüne) spricht von einem „echten Schatz auf den Höhenzügen der Mittelgebirge“, über den das Land verfüge. Deshalb sollen die Windräder dort konzentriert werden, laut Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) „möglichst in großen Windparks“, um den Flächenverbrauch gering zu halten.

Entscheidende Akteure bei der Gestaltung der Energiewende sollen nach dem Willen von Rot-Grün die Kommunen werden. So steht es im Koalitionsvertrag und im Entwurf des Landesentwicklungsprogramms (LEP) IV. „Wir geben den Gemeinden größere Spielräume zur Ausweisung von Windkraftflächen in der Flächennutzungsplanung. Ich setze darauf, dass die Orts- und Verbandsgemeinden das kooperativ und solidarisch nutzen“, sagt Ministerin Lemke. Sie hofft, dass die Kommunen eigene Klimaschutzziele aufstellen und in ihrer Planung verankern. Der vom Ministerium vorgegebene Ordnungsrahmen ist noch nicht in Stein gemeißelt, sondern soll in den kommenden Monaten intensiv diskutiert werden.

Steht nur Profit im Vordergrund?

Erste Kritiker wagen sich aus der Deckung. So reklamiert der BUND, beim Ausbau der Windenergie stehe der Profit im Vordergrund, Natur- und Artenschutz kämen zu kurz. Widerstand regt sich besonders dagegen, dass 2 Prozent der Waldfläche genutzt werden sollen. Lemke weist die Vorwürfe zurück und spricht von einem „maßvollen Ausbau“. Zwar würden nicht mehr generell Landschaftsschutzgebiete komplett ausgenommen, doch in sensiblen Bereichen werde es Einzelfallprüfungen geben.